

„Politiker haben seit Jahren die Augen verschlossen“

Polizei-Gewerkschaftschef Freiberg über Jugendgewalt und Wahlkampf-Debatten

Berlin/Wiesbaden. Die Bundeskanzlerin muss dafür sorgen, dass ab sofort ernsthaft und unabhängig von Wahlkämpfen über die gesellschaftlichen Gefahren von Jugendgewalt und Angriffen auf Polizisten gesprochen wird. Das verlangt Konrad Freiberg, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei.

Frage: *Die schnelle Abschiebung, auch innerhalb der EU, ist für manche ein Weg zur Bekämpfung von Jugendgewaltkriminalität. Das klingt doch nach einem praktikablen Ansatz?*

Konrad Freiberg: Emotional mag das einleuchtend klingen. Ganz so, als ob man durch Ausweisung ein Problem abschieben kann. Doch so einfach ist es nicht. Der Ausgangspunkt dieser jüngsten Debatte, der Überfall auf den Rentner in München, belegt das. Zwei Täter mit griechischen beziehungsweise türkischen Wurzeln. Diese Täter hätten schon längst und für längere Zeit bei uns eingesperrt gehört. Das wäre möglich gewesen, wurde aber nicht gemacht. Das ist das Grundproblem.

Wenn schon nicht einsperren, dann

wenigstens erfolgreich abschieben?

So flott, wie behauptet, geht da gar nichts. International ist die Lage der Menschenrechte im jeweiligen Land zu beachten. Innerhalb der Europäischen Union müssten alle wissen: Auf EU-Ebene kann nur bei ganz, ganz schweren Straftaten abgeschoben werden. Da muss das Wohl des Staates gefährdet sein, das gilt nicht für „normale Straftaten“. Die EU basiert auf dem Prinzip der offenen Grenzen. Wenn Politiker eine Abschiebung in der EU fordern, dann müssten sie eigentlich wissen – falls es überhaupt geht: Sollte ein Täter im Flugzeug abgeschoben werden können, dann setzt der sich umgehend in den Zug und kehrt über die offene Grenze zurück.

In Hessen trat Roland Koch mit forschenden Forderungen zur Strafverschärfung auf, um jetzt einräumen zu müssen, sein Bundesland ist Schlusslicht bei der Arbeit der Jugendgerichte, bei der Vor-



Konrad Freiberg

INTERVIEW

sorge und hat wenig Jugend-Arrestplätze. Das ist peinlich. Aber gut ist doch, dass er das Thema wenigstens angesprochen hat?

Seit Jahren haben Politiker die Augen verschlossen vor der verhängnisvollen Bedrohung durch Gewaltkriminalität. Bei jeder Vorlage der jährlichen Kriminalitätsstatistik haben sie gejubelt über den Rückgang der Eigentumskriminalität. Dabei hat sich da oft nur das Täterverhalten

verschoben. Der Anstieg der Gewaltkriminalität hätte sie aber aufrütteln müssen: Wir Polizisten wissen, das ist immer ein Zeichen dafür, dass in der Gesellschaft etwas nicht stimmt. Gerade wenn der Anteil gewalttätiger Jugendlicher sehr hoch ist. Im gleichen Zusammenhang hat auch die Gewalt gegen Polizisten spürbar zugenommen. Wir haben davon gewarnt.

Jetzt hat Koch das thematisiert. Also sollten Sie ihm dankbar sein?

Herrn Koch bin ich nicht dankbar. Ich

wäre dankbar gewesen, wenn man dieses Thema mit dem gebotenen Ernst und der notwendigen Sachlichkeit angesprochen hätte und nicht darum, Leute kurzzeitig aufzuputzen.

In vielen Bundesländern liegt im Bereich Jugendgewaltkriminalität manches im Argen, auch in Hessen. Ihr Vorschlag für einen Runden Tisch bei der Kanzlerin ist zunächst abgeschmettert worden. Gibt es wirklich nichts zu besprechen?

Spätestens das Eingeständnis von Roland Koch sollte die Kanzlerin aufrütteln: Er thematisiert die Jugendgewalt und muss gleichzeitig große Defizite bei deren Bekämpfung einräumen. Da muss doch auch die Kanzlerin merken, dass da grundsätzlich etwas nicht stimmt. Da kann nicht mehr nur ein Innenminister oder ein Ministerpräsident helfen. Integration und Jugendgewalt gehen uns alle an. Dieser Verantwortung sollte sich die Bundeskanzlerin stellen. Das Thema wird auf der Tagesordnung bleiben, ganz unabhängig von irgendwelchen Wahlkämpfen. Frau Merkel, das ist jetzt Ihre Sache.

Interview: Dieter Wonka